

Haushaltsberatung: Räume müssen technisch aufgerüstet werden

Gemeinderat will „auf Tournee“ gehen

WEINHEIM. Der Rhein-Neckar-Kreis tut es schon lange; jetzt überlegt auch der Weinheimer Gemeinderat – auf Antrag der CDU – mit seinen Sitzungen gewissermaßen „auf Tournee“ zu gehen, um „die Gewichtung der Ortsteile in der Kommunalpolitik zu stärken“. Im Prinzip waren sich alle einig, dass dies eine gute Idee ist. Aber die Verwaltung äußerte Bedenken, was eine zeitnahe Umsetzung angeht.

Mit Kosten in Höhe von 50 000 bis 75 000 Euro müsse man – „vorsichtig geschätzt“ – rechnen. Deshalb schlage man vor, in diesem Jahr die genauen Kosten zu ermitteln und erst im Haushalt 2020 zu veranschlagen, sofern die Mehrheit des Gemeinderates dies will.

Unsere Lokalredaktion hakte gestern noch einmal bei der Verwaltung nach, warum das so teuer sein soll. Die Erklärung: Hier gehe es zunächst um einmalige Kosten, die für die technische Ausstattung der städtischen Räumlichkeiten in den Ortsteilen anfallen würden.

Da die Stadträte neuerdings ihre Sitzungsunterlagen ja auf dem Tablet lesen, benötige man leistungsfähige WLAN-Zugänge und entsprechende Internetkapazitäten, möglicherweise würden für die Elektro-

und IT-Verkabelung weitere Kosten anfallen. Beim Rolf-Engelbrecht-Haus habe diese Aufrüstung jedenfalls rund 15 000 Euro gekostet.

Geht man nun von vier Standorten in den Ortsteilen aus, an denen es städtische Räume gibt, die groß genug für eine Gemeinderatssitzung wären, komme der in der Sitzungsvorlage genannte Betrag schnell zusammen. Hinzu kämen weitere Kosten für jede Sitzung, zum Beispiel für eine mobile Mikrofonanlage, einen Drucker/Kopierer und ähnliche Dinge.

Positiver Nebeneffekt: Die städtischen Räume in den Ortsteilen wären fortan auch für andere Veranstaltungen technisch besser ausgestattet als bisher.

Nach der vorläufigen Prüfung der Verwaltung kommen freilich nur vier Standorte überhaupt infrage: Sulzbach (Bürgersaal), Lützelsachsen (Gemeindehalle), Hohensachsen (Mehrzweckhalle) und Rippenweiler (Keltensteinhalle). In Ritschweiler fehlt es an geeigneten Räumen komplett, und das Feuerwehrhaus in Oberflockenbach wäre nach Auffassung der Verwaltung zu klein. **pro**

► Weitere Berichte auf dieser Seite



LED-Beleuchtung im Sitzungssaal muss ausgetauscht werden

WEINHEIM. Als vor einem Jahr die neue LED-Beleuchtung für den großen Sitzungssaal im Rathaus installiert wurde, wurden die Deckenleuchten als „Ufos“ oder „Heiligenscheine“ verspottet. Doch das ist nicht der Grund, warum die Leuchten demnächst schon wieder ausgetauscht werden sollen. Vielmehr reicht ihr Licht einfach nicht aus, um Sitzungsunterlagen und andere Papiere vernünftig lesen zu können. Nach Angaben der Verwaltung wurde bei der Berechnung der Lichtstärke ein Fehler gemacht, weshalb der Austausch jetzt auch als Mängelbeseitigung von dem beauftragten Unternehmen

durchgeführt werde. Das heißt: Für die Leuchten, die abgebaut werden, fallen keine Kosten an. Aber die neuen „Kronleuchter“ sind aufgrund der höheren Leistung auch teurer: Damit steigen die Kosten für die neue Beleuchtung des Ratssaales am Ende eben doch von 30 000 auf circa 40 000 Euro, wie Erster Bürgermeister Dr. Torsten Fetzner erklärte. Das Thema ist offenbar auch nicht so trivial, wie dies auf den ersten Blick den Anschein haben mag. Denn bei der Auswahl der Leuchtkörper wollte – damals wie heute – auch das Landesdenkmalamt ein Wörtchen mitreden. Und so werden jetzt ganz ähnliche

Leuchten installiert, deren LED-Flächen nur etwas breiter und damit heller sein sollen. Der Vorschlag von Dr. Carsten Labudda (Linke), anstelle der neuen Deckenleuchten einfach kleine Tischlampen für jeden Stadtrat anzuschaffen, was mit höchstens 2000 Euro zusätzlich zu Buche schlagen würde, fand keine Unterstützung. Der Aufwand für den Auf- und Abbau der Tischlampen wäre unverhältnismäßig hoch; außerdem werde der Saal ja auch nicht nur für den Gemeinderat genutzt. Deshalb benötige man eine angemessene Deckenbeleuchtung für unterschiedliche Anlässe. **PRO / ARCHIVBILD: FRITZ KOPETZKY.**

Haushaltsberatung: Von Mobilität und Einzelhandelskonzept über Stadthalle und Hochwasserschutz bis zum Wohnraummanagement

Stadträte setzen Themenschwerpunkte für 2019

WEINHEIM. Insgesamt 24 Anträge der Fraktionen lagen zur Haushaltsberatung am Mittwoch im Gemeinderat vor. Doch längst nicht alle waren nach Auffassung der Verwaltung „haushaltsrelevant“, weshalb Erster Bürgermeister Dr. Torsten Fetzner sie gerne in dieser Sitzung erst einmal beiseite gelegt hätte. Doch ganz so leicht wollten sich die Parteien und Wählervereinigungen nicht davon verabschieden. Schließlich gehe es um wichtige Anliegen, die der Gemeinderat in diesem Jahr behandeln sollte. Mal ganz abgesehen davon, dass im Mai Kommunalwahlen sind, und die Politiker rechtzeitig Themen besetzen wollen.

Nach der Zusage der Verwaltung, dass man die Anträge in diesem Jahr auf die Tagesordnung nehmen werde, mündete die kurze Diskussion in

eine Art Liste der Schwerpunktthemen, die der Gemeinderat 2019 setzen möchte.

Dazu gehören die Durchführung einer Zukunftswerkstatt (CDU-Antrag), die weitere Entwicklung der Stadthalle (SPD), die Einführung einer Abgabe für Einwegverpackungen in Weinheim (GAL, siehe weiteren Bericht), die Entwicklung von sozial gerechten Gebühren für die Kinderbetreuung (GAL), die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes (GAL) und einer Machbarkeitsstudie des „Metropolitan Bike Way Weinheim/Viernheim/Mannheim“ (Weinheimer Liste) sowie eine Überarbeitung des Einzelhandelskonzeptes (SPD).

Ohnehin auf der Agenda der Stadtverwaltung stehen Hochwasser-Schutzmaßnahmen am Land-

graben und am Neugraben (FDP) und zumindest eine erste Planungsrate für die Schaffung eines barrierefreien Zugangs zum großen Sitzungssaal und zum Trausaal im Rathaus (SPD). Auch die Forderung der FDP, dass die Verwaltung spätestens zum Haushaltsjahr 2020 eine Eröffnungsbilanz nach dem neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen vorlegen soll, wird nach Auskunft der Stadtkämmerei spätestens im Juli 2019 erfüllt.

Weitere Anträge wurden nach Erläuterungen der Verwaltung zurückgezogen – entweder weil die Themen ohnehin in Arbeit oder weil die beantragten Mittel nicht erforderlich sind. Dabei ging es zum Beispiel um die Einführung eines Flächen- und Wohnraummanagements (GAL); hier will die Verwal-

tung Mitte des Jahres einen Bericht vorlegen. Die Linke zog drei ihrer Anträge zurück; dabei ging es um die Zuschüsse für die Stadtkapelle und für das Projekt „Wohnzimmer“. Hier müssten die Anträge von den Begünstigten selbst gestellt und begründet werden, war man sich einig. Auch der Antrag der Linken auf Erhöhung des Zuschusses für Tagesmütter wurde zurückgestellt, da der Rhein-Neckar-Kreis im Vorgriff auf eine landesweite Regelung die Zuschüsse bereits zum 1. Juli 2018 und für einige Fälle zusätzlich am 1. Januar 2019 bereits erhöht hat. In der Aussprache wurde deutlich, dass die Mehrheit des Gemeinderates derzeit keine Notwendigkeit für eine Erhöhung der städtischen Förderung von 1,50 Euro pro Betreuungsstunde sieht. **pro**

Haushaltsberatung: Mehrheit für „abgespeckten“ SPD-Antrag

Barrierefreier Zugang zum Baden im Waidsee

WEINHEIM. Eigentlich wollte die SPD im Weinheimer Haushalt 60 000 Euro zusätzlich für das Strandbad Waidsee einstellen. Das Geld sollte für die Sanierung der Sanitäranlagen, für Schönheitsreparaturen, für eine Verlängerung der Öffnungszeiten, für eine Verkürzung der „Putzintervalle“ bei den Toiletten und für einen barrierefreien Zugang zum Wasser verwendet werden. Doch die Mehrheit schloss sich der Einschätzung der Verwaltung an, erst einmal den konkreten Bedarf und die Kosten zu ermitteln, zumal größere Maßnahmen bis zum Beginn der neuen Badesaison ohnehin nicht mehr umsetzbar wären.

Am Ende einigte man sich aber mehrheitlich darauf, immerhin 20 000 Euro in diesem Jahr zusätzlich einzuplanen, und zumindest den barrierefreien Zugang zum Wasser herstellen zu können. Zehn Stadträte aus den Reihen von CDU und Freien Wählern stimmten gegen diesen „abgespeckten“ Antrag. Dabei sahen durchaus alle Fraktionen Handlungsbedarf.

Klimaschutz und „Weinheim-App“ Mehrheitlich angenommen wurde der Antrag der GAL, 50 000 Euro für städtische Maßnahmen zum Klimaschutz und zum Einsatz Erneuerbarer Energien bereitzustellen. Allerdings wird dieser Betrag mit einem „Sperrvermerk“ versehen. Das heißt: Über die konkrete Verwendung der Mittel muss der Gemeinderat erneut entscheiden.

Neun Stadträte aus den Reihen der Freien Wähler und der Weinheimer Liste waren gegen diese Form des „Vorratsbeschlusses“, auch wenn sich alle einig waren, dass die Stadt mehr für den Klimaschutz tun sollte. Dr. Carsten Labudda (Linke) ärgerte sich trotzdem: „Das ist ungefähr so, als würden wir 100 000 Euro für soziale Gerechtigkeit fordern und dann hinterher mal schauen, was wir mit dem Geld tatsächlich machen.“

30 000 Euro wurden auf Antrag der CDU für die Entwicklung und Einrichtung einer „Weinheim-App“

einstimmig in den Haushalt mit aufgenommen. Ebenfalls einstimmig beschlossen wurden die Anträge von Freien Wählern und SPD, den Zuschuss für die Kulturgemeinde in diesem Jahr um 40 000 auf 190 000 Euro (wieder mit „Sperrvermerk“) zu erhöhen, um den Betrieb in der Saison 2019/20 zu sichern.

Die GAL kam zwar nicht mit ihrem Antrag durch, 50 000 Euro für die Förderung des Fahrradverkehrs einzuplanen. Aber 20 000 Euro für die Unterstützung der Schulen bei der Erarbeitung ihrer Schulwegpläne und für eine Bestandsaufnahme möglicher Standorte für Fahrrad-Abstellanlagen konnten dann alle Stadträte (bei einer Enthaltung) zustimmen.

Dagegen fand die Weinheimer Liste (WL) keinerlei Unterstützung für ihren Antrag, die Erhöhung der Personalstellen im Rathaus auf maximal neun zu begrenzen. Auch der WL-Vorschlag, für den Bau einer „Kreiselastungsstraße Weinheim zur Anschlussstelle Großsachsen“ eine Planungsrate von 50 000 Euro zur Verfügung zu stellen, fiel bei den anderen Fraktionen glatt durch. Weil sich diese Straße fast ausschließlich auf Hirschberger Gemarkung befinden würde, liege weder für die Planung noch für die Umsetzung die Zuständigkeit bei der Stadt Weinheim.

Die Verwaltung hatte zu Beginn der Debatte darüber informiert, dass sich seit der Vorberatung des Haushaltsplanes im Hauptausschuss am 9. Januar noch einige Veränderungen beim Budget für die Gebäudeunterhaltung ergeben hätten. Neben dem Geld für die neue Beleuchtung des großen Sitzungssaales sind dies 200 000 Euro zusätzlich für den Umbau der Grundschulbetreuung an der Pestalozzi-Schule sowie 60 000 Euro für die Sanierung der Tribüne des Sepp-Herberger-Stadions.

Diese und alle weiteren Änderungen werden nun in den Etatentwurf noch eingearbeitet, der am 20. Februar vom Gemeinderat beschlossen werden soll. **pro**

Gemeinderat: GAL setzt sich für kommunale Abgabe auf Einwegverpackungen ein / Umfrage bei „wnoz.de“ auf Facebook

Verpackungsmüll den Kampf ansagen

WEINHEIM. Coffee-to-go-Becher, Fastfood-Verpackungen, Pizzakartons, Eisbecher, schnell ein Salat in der Plastikbox fürs Mittagessen – ein Drink oder Snack auf die Hand sind praktisch, beides aber schnell verzehrt. Zurück bleibt jede Menge Verpackungsmüll. Die Grünen/Al-

ternative Liste (GAL) in Weinheim wollen dem Einweg-Müll in der Stadt den Kampf ansagen und haben bei der Gemeinderatssitzung beantragt, die Einführung einer Abgabe auf Einwegverpackungen nach Tübinger Vorbild auch in Weinheim zu prüfen. Der Gemeinderat folgte

schließlich dem Vorschlag der Verwaltung, zunächst die juristische Klärung in Tübingen abzuwarten.

Zum Hintergrund: Die Stadt Tübingen hat im Dezember einen Grundsatzbeschluss gefasst, eine kommunale Steuer auf Einwegverpackungen einzuführen. Dabei geht

es nicht nur um den ökologischen Effekt, sondern auch ums Geld. So seien in Tübingen die Kosten für die Beseitigung von Müll aus dem öffentlichen Raum bei den kommunalen Servicebetrieben von 2016 bis 2017 um rund 50 000 Euro gestiegen.

Das Problem: Bisher ist es juristisch umstritten, ob Kommunen eine solche Steuer überhaupt erheben dürften. Das sagt der Umweltminister des Landes Baden-Württemberg, Franz Untersteller, laut einer Pressemitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft. Er wüsche sich aber, dass die Stadt Tübingen einen gangbaren Weg findet, ihren mutigen Grundsatzbeschluss rechtlich umzusetzen, damit auch andere Städte und Gemeinden diesen Weg begehen könnten. **shy/pro**

☀ Auf unserer Facebookseite gibt es zum Thema eine Umfrage: www.facebook.com/wnoz.de



Die Grünen/Alternative Liste in Weinheim wollen dem Einweg-Müll in der Stadt den Kampf ansagen.

SYMBOLBILD: SIMON HOFMANN